

ULRICH FREY

Ansprache in Büchel am 26.3.2018 zum Beginn der 20-wöchigen Aktions-Präsenz „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“

Liebe Freundinnen und Freunde gegen die Atomwaffen,

heute beginnt die 20-wöchige Aktions-Präsenz „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt!“, an der sich viele Initiativen und Gruppen beteiligen. Büchel und die hier lagernden Atomwaffen befinden sich auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland. Das ist nicht nur eine Herausforderung für alle Menschen, sondern insbesondere für diejenigen in der rheinischen Kirche, die sich aus Gründen ihres Glaubens und der Vernunft verpflichtet fühlen, Friedensstifter zu sein und deshalb Atomwaffen abzulehnen. Die EKiR hat sich durch ihre Landessynode, das höchste Gremium und das Parlament der EKiR, am 11. Januar 2018 klar und deutlich gegen die Atomwaffen ausgesprochen. Sie hat als „Diskussionsimpuls“ beschlossen:

„Wir nehmen wahr, dass auf dem Gebiet der Evangelischen Kirche im Rheinland die letzten Atomwaffen in Deutschland lagern, die jetzt modernisiert werden. Damit sinkt die Hemmschwelle für den Einsatz dieser Waffen. Wir bekennen, dass die Drohung mit atomaren, aber auch chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen nicht mehr als Mittel legitimer Selbstverteidigung angesehen werden kann. Im Vertrauen auf Gottes Frieden wollen wir uns nicht länger von solchen Waffen umgeben, schützen und gefährden lassen. Wir billigen gewaltfreie Aktionen des Protestes gegen Atomwaffen in Büchel.

Wir fordern:

den längst überfälligen Abzug statt der Modernisierung der Atomwaffen in Büchel und der anderen ca. 160 Atomwaffen in Europa. Wir fordern die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsvertrag, den 122 Staaten der Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 völkerrechtlich verbindlich beschlossen haben, zu unterzeichnen.“

Ich möchte Euch diesen Beschluss erläutern.

Er ist in erster Linie aus Gründen des christlichen Glaubens begründet, weil Massenvernichtungsmittel wie die Atomwaffen gegen die Seligpreisung aus der Bergpredigt Jesu verstoßen, Frieden zu stiften (Mat 5,9) und deshalb Konflikte gewaltfrei anzugehen. Die Evangelische Kirche im Rheinland folgt wie der Großteil aller Kirchen dem ökumenischen Leitbild des gerechten Friedens. Die Landessynode will, dass die EKiR nach diesem Leitbild eine Kirche des gerechten Friedens wird.

Und deshalb zieht sie in ihrem Beschluss für einen Diskussionsimpuls vom 11. Januar die friedensethischen Konsequenz zum Handeln:

„Kirche des gerechten Friedens sein bedeutet, Krieg und kriegerische Mittel als Möglichkeit der Konfliktlösung, als 'ultima ratio', zu überwinden, Schritt für Schritt. Gewaltfreie Lösungen sind möglich. Sie sind schmerzhaft, weil sie eigene, besonders wirtschaftliche, Interessen berühren. Sie sind langwierig und müssen mühsam gelernt werden. Sie sind aber die Lösungen, die sich als roter Faden durch die Bibel ziehen und biblisch geboten sind.“

Die Gemeinden, Kirchenkreise, Initiativen und Gruppen in der rheinischen Kirche sind nun aufgerufen, den Impuls der Landessynode zu diskutieren. Die Ergebnisse daraus sollen der Landessynode 2021 zur Beratung vorgelegt werden. Wegen der Forderungen zu den Atomwaffen und anderen kritischen Forderungen, z.B. gegen Rüstung und Militarisierung, gegen die Luftleitzentrale Kalkar/Uedem und das Joint Air Power Competence Center (JAPCC) sind heftige Diskussionen zu erwarten. Ihr seid eingeladen, Euch daran zu beteiligen. Die vorgestellte Position der EKIR stimmt mit der des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in dessen Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007) überein: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ Dieser Meinung ist auch der Friedensbeauftragte des Rates der EKD.¹ Anlässlich der internationalen Abrüstungskonferenz im Vatikan "für eine atomwaffenfreie Welt und integrale Abrüstung" verurteilte Papst Franziskus am 10.11.2017 den Besitz von Atomwaffen sowie das fortdauernde globale Wettrüsten. Der Papst dankte der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die sich für das Verbot einsetzte und dafür den diesjährigen Friedensnobelpreis erhielt.²

Zur praktisch-politischen Seite ist im Wesentlichen festzuhalten:

Am 25. März 1958 billigte der Deutsche Bundestag mit der Stimmenmehrheit der CDU/CSU-Fraktion die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Am 26. März 2010 forderte er dagegen einhellig den Abzug der amerikanischen Atomwaffen. Geschehen ist nichts, weil die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied der NATO an Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Rahmen der nuklearen Teilhabe

¹Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland: Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh, 2. Auflage 2012, Ziffern 162, 110; Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD forderte am 4.8.2017 den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotsvertrag und sprach sich gegen die Modernisierung der Atomaffen in Europa aus (<https://www.domradio.de/themen/soziales/2017-08-04/ekd-rat-deutschland-soll-atomwaffenverbotsvertrag-beitreten>, Zugriff 21.3.2018).

²<https://www.domradio.de/themen/vatikan/2017-11-10/papst-franziskus-kritisiert-besitz-von-atomwaffen> (Zugriff 21.3.2018)

festhält. Deutschland hat sich als Mitglied der NATO auch nicht an den Verhandlungen in der UNO über den Atomwaffenverbotsvertrag beteiligt. Der Koalitionsvertrag von CDU/CDU und SPD 2018 schiebt den Abzug der Atomwaffen aus Büchel nun auf die lange diplomatische Bank: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im Strategischen Konzept der NATO eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den strategischen Diskussionen und Planungsprozessen teilzuhaben. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Nuklearwaffen.“ Die aktuelle Nuklearwaffenpolitik der USA, enthalten in der „Nuclear Posture Review“ (NPR) von Anfang Februar 2018 von Präsident Trump tritt u.a. ein für stärker „nutzbare Nuklearwaffen“ mit „niedriger Sprengkraft“ (aber immer noch der Stärke der Hiroshima-Bombe) und neue seegestützte ballistische Raketen sowie Marschflugkörper. In der NPR entwirft Trump eine „maßgeschneiderte Abschreckung“ (tailored deterrence). Die neuen, in Büchel zu stationierenden Atombomben vom Typ B61-12 stehen für eine flexible Nuklearstrategie und für Zielgenauigkeit. Sie senken die Hemmschwelle für einen Nuklearkrieg und die Selbstabschreckung deutlich. Sie sind Teil eines neuen nuklearen Wettrüstens und einer neuen Spirale der Abschreckung, die wir mit dem INF-Vertrag von 1987 überwunden glaubten. Die neue Strategie der USA kann einen Nuklearkrieg nicht verhindern, wie Präsident Trump argumentiert.³

Es gilt deshalb durchzusetzen: Wir fordern ein Ende von Geist, Praxis und Logik der Abschreckung und den Abzug aller Atomwaffen aus Europa, auch der aus Büchel. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Ein zwangsläufiger gegenseitiger atomarer Selbstmord infolge einer Eskalation durch Abschreckung kann und muss verhindert werden! Das sind drängende Aufgaben deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Bad Honnef, den 21.3.2018 gez. *Ulrich Frey*

³Vgl. Otfried Nassauer, Tailored Deterrence – Eine Nuklearpolitik für Donald Trump, Das Blättchen Nr. 4, 12.2.2018, S. 44 ff.